

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - SÜDTIROL

Ufficio resoconti consiliari
Amt für Sitzungsberichte

SEDUTA
39.
SITZUNG

23. 12. 1975

Presidente: NICOLODI

Vicepresidente: OBERHAUSER

Indice

Disegno di legge n. 37: "Bilancio di previsione della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1976"

pag. 4

Inhaltsangabe

Gesetzentwurf Nr. 37: "Haushaltsvoranschlag der Region Trentino-Südtirol für das Finanzjahr 1976"

Seite 4

Ore 15.40.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

PRUNER (Segretario questore - P.P. T.T.): (fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 22.12.1975.

PRUNER (Segretario questore - P.P. T.T.): (legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Volevo precisare che la discussione generale non l'avevo dichiarata chiusa, perchè successivamente ci sono stati consiglieri che hanno chiesto di parlare ancora. Non c'erano al momento in aula consiglieri che volevano parlare. Per questo ha preso la parola il Presidente della Giunta. Quindi il processo verbale va rettificato in questo senso. Ci sono osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Sono assenti giustificati il cons. Vaja e il cons. Mòlignoni.

Come ho già precisato, non essendo stata chiusa ufficialmente la discussione generale, io devo dare la parola a chi l'ha chiesta, e cioè al cons. Rigott.

REGOTT (S.P.S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Präsident des Regionalausschusses hat diese Debatte über den Haushaltsvoranschlag 1976 mit Erklärungen eröffnet, die bezeichnenderweise mit der Bilanz selbst nur am Rande etwas zu tun haben.

Nachdem er sich mit dem Gesetzgebungsprogramm für das kommende Jahr befaßt hat, kommt er tatsächlich auf die Regionalfinanzen zu sprechen, wobei er

seine Besorgnis über die künftige Entwicklung der regionalen Einnahmen zum Ausdruck bringt. Sicherlich bedarf der Mechanismus der Zuweisung der Mittel an die Region einer Korrektur im Sinne einer Anpassung sowohl an die veränderte Steuergesetzgebung als auch an die veränderte Konjunkturentwicklung, aber gerade an letztere wird sich auch die Regionalverwaltung selbst anpassen müssen, indem sie mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln sparsamer umgeht. Wir können nicht umhin, festzustellen, daß eine Körperschaft mit einer Bilanz von rund 20 Milliarden Lire (von denen vielleicht drei Milliarden auf Bereiche entfallen, die diese Körperschaft selbst verwaltet, während alle übrigen Gelder de facto von den Provinzen und anderen Körperschaften verwaltet werden), daß die Region also einen allgemeinen Verwaltungsaufwand betreibt, der in keinem Verhältnis zu ihren effektiven Dienstleistungen steht.

Das beginnt mit dem der Region verbliebenen Personal, dessen Stellenpläne nur so wimmeln von Oberdirigenten (übrigens eine wirklich "vorbildliche" Bezeichnung für leitende Angestellte!), von ersten Dirigenten, Generalinspektoren, Abteilungsleitern, beigeordneten Abteilungsleitern usw. Ich habe sie nicht gezählt, aber ich bin sicher, daß die Region immer noch mehr leitende Angestellte beschäftigt, als die autonome Provinz Bozen mit ihrem zehnmal so großen Haushaltsvolumen.

Für eine Körperschaft, die - wie gesagt - drei Milliarden selber verwaltet, unangemessen sind auch Repräsentationskosten

und "vertrauliche Fonds" von fast 40 Millionen Lire, Ausgaben für sogenannte "Informationsdienste" in gleicher Höhe, vor allem aber Ausgaben für Studien, Untersuchungen, Tagungen, Kongresse in einer Gesamthöhe von 185 Millionen Lire, die auf fünf Kapitel aufgeteilt aufscheinen. Ich stimme mit dem Präsidenten überein, wenn er daher die Dringlichkeit einer endgültigen Regelung des Überganges des an die Provinzen abgetretenen Regionalpersonals unterstreicht, um so bald wie möglich eine endgültige, auf Sparsamkeit und dennoch auf Effizienz ausgerichtete Struktur der Regionalämter herbeiführen zu können.

Im übrigen möchte ich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß es außer der Region noch andere Körperschaften gibt, deren Finanzperspektiven für die kommenden Jahre alles eher als beruhigend sind und deren Auswirkungen für die Bürger einschneidender zu werden drohen. Das Problem betrifft in erster Linie die Gemeindefinanzen. Auf diesem Gebiet liegt meiner Meinung nach noch eine wirkliche Koordinierungsaufgabe der Region, nachdem es sich hier um ein alle Gemeinden der Region in gleicher Weise bedrückendes Anliegen handelt, das jedoch im wesentlichen auf nationaler Ebene einer Lösung zugeführt werden muß.

Mit besonderem Interesse haben wir die Ausführungen des Herrn Präsidenten hinsichtlich der geplanten Vorhaben der Region auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge zur Kenntnis genommen. Hierbei denkt man also an die Errichtung einer regionalen

Pensionskasse für die Angestellten aller in der Region tätigen öffentlichen Körperschaften. Der Plan ist nicht neu; hoffen wir, daß er diesmal zur Durchführung gelangt.

Worum es aber dem Einzelnen hauptsächlich geht - sei er nun öffentlicher oder privater Arbeitnehmer -, ist die Erreichung einer Beschleunigung der Abfertigungs- bzw. Pensionierungsprozedur. Die in Italien üblich gewordenen Wartezeiten zwischen dem Dienstaustritt und der Auszahlung der ersten Pensionsrate sind für die Betroffenen - besonders in Krisenzeiten - unerträglich; sie sind ein Skandal.

Was erreicht werden muß, ist, daß jeder Arbeitnehmer mit dem Tage seines Dienstaustrittes auch sein Pensions- oder Rentenbüchlein in der Tasche hat.

Noch ein zweites ist unaufschiebbar: die Zusammenlegung der Renteneinzahlungen beim letzten Versicherungsinstitut. Die Lösung dieses Problems ist nicht nur für alle älteren Bediensteten der Provinzen, der Region usw., die ja meist aus der Privatwirtschaft kamen, von Wichtigkeit, sondern ist auch eine der Voraussetzungen für den Eintritt in den Staatsdienst für alle jene Südtiroler, die dort jetzt neu aufgenommen werden sollen, bisher aber einer Beschäftigung in der Privatwirtschaft nachgegangen sind.

Ein Wort zu den Feuerwehrdiensten, die übrigens voll auf die Provinzen übergehen werden, für die aber ein Mehrjahresprogramm zur Modernisierung ihrer Ausstattung beschlossen werden soll. Obwohl zum gegebenen Zeitpunkt noch darüber zu reden sein wird, möchte ich heute schon un-

sere Auffassung zum Ausdruck bringen, daß bei der Ausstattung unserer Feuerwehren in Zukunft mehr Gewicht auf zonale Schwerpunkte gelegt werden sollte. Diesen sollten dann hochwertige Spezialgeräte und -ausrüstungen - und zwar nicht nur für Brandkatastrophen - für den Einsatz in einem festgelegten größeren Bereich zur Verfügung stehen.

Das Schwergewicht der Haushaltsrede des Herrn Präsidenten liegt bei seiner Darstellung über den Stand der Arbeiten der Zwölfer- bzw. Sechser-Kommission, die mit der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen zum neuen, erweiterten Autonomiestatut betraut sind. Wir haben dazu gestern auch eine Art Gegendarstellung von Herrn Dr. Benedikter gehört, der zu entnehmen war, daß die "Regionale Front in der Kommission durchaus nicht so geschlossen ist, wie es der Präsident darstellt, sondern daß die "Gegensätze ethnischer Natur", die Dr. Kessler im Schlußteil seines Berichtes als überwunden hinzustellen versucht, auch in diesem Gremium immer noch dominieren. Uns geht es im Augenblick nicht darum, das bisher Erreichte oder Geleistete politisch und meritorisch zu bewerten; unsere Sorge gilt vielmehr den noch ausstehenden Durchführungsbestimmungen. Aber auch hierzu möchte ich präzisieren, daß es uns dabei - wie bisher - weniger um den Zeitpunkt des Abschlusses als vielmehr um den meritorischen Inhalt der einzelnen Bestimmungen geht. Gewiß, die Verhandlungen haben lange gedauert, aber nachdem in dieser Endphase noch eine Reihe politisch besonders relevan-

ter Sachgebiete geregelt werden muß, kommt es gerade bei diesen mehr auf eine klare, unzweideutige Formulierung an, als auf den Umstand, ob eine Norm (so wie die Dinge jetzt liegen) im März oder im Mai in Kraft tritt.

Der Gang der Verhandlungen in der letzten Woche im Rahmen der Sechser-Kommission hat im übrigen gezeigt, daß der Optimismus des Präsidenten über den bevorstehenden Abschluß der Durchführungsbestimmungen in Sachen Proporz in den öffentlichen Ämtern alles eher als gerechtfertigt war. Nach unserer Auffassung müssen gerade diese Durchführungsbestimmungen über die Stellenbesetzung in den staatlichen Ämtern als Prüfstein für die tatsächliche Bereitschaft der italienischen Volksgruppe zur Überwindung einer der augenscheinlichsten und anhaltendsten Auswirkungen der faschistischen Entnationalisierungspolitik in Südtirol betrachtet werden. Die Tatsache, daß heute - 30 Jahre nach dem Ende des Faschismus - knapp 14% der Staatsbediensteten in der Provinz Bozen deutsch- oder ladinischsprachige Südtiroler sind, läßt sich nicht einfach mit der Erklärung abtun, die Südtiroler hätten ja bessere Arbeitsmöglichkeiten in anderen Sektoren, sie seien an Staatsstellen gar nicht interessiert. Die Wurzeln liegen viel tiefer: Die meisten Südtiroler wurden in den 20er Jahren (die letzten im Jahre 1939) aus dem Staatsdienst hinausgeworfen und auch nach dem Kriege hat das demokratische Italien wenig Anstrengungen unternommen, die Südtiroler wieder in den öffentlichen Dienst zurückzuholen.

Heute geht es zunächst einmal darum, durch entsprechende Bestimmungen den Südtirolern ihr statutarisch verbrieftes Recht auf einen ihrer tatsächlichen Stärke entsprechenden Anteil an den staatlichen Stellen in Südtirol praktisch sicherzustellen.

Zum zweiten geht es darum, sicherzustellen, daß diese Stellenbesetzung in einer zumutbaren Zeitspanne vor sich geht. Wir vertreten dabei die Auffassung, daß alle neuen Stellen, die in Zukunft zur Ausschreibung gelangen, so unter die Volksgruppen verteilt werden müssen, daß der Anteil der Deutschen und Ladiner an der Gesamtzahl der nach den neuen Provinzstellenplänen zur Verfügung stehenden Stellen spätestens innerhalb der nächsten 20 Jahre mindestens 50 % betragen muß. Die von italienischer Seite zu dieser Frage bisher bekannt gewordene Haltung ist für uns unverständlich. Der Streit geht praktisch um etwa 300-400 Stellen, die den Italienern ja nicht weggenommen werden sollen, sondern die sie anstatt zwischen 1975 und 1995, erst zwischen 2005 und 2015 besetzen sollen. Ist das wirklich so eine übertriebene Forderung an eine Volksgruppe, die bisher seit bald 50 Jahren das fast ausschließliche Monopol über diesen Bereich innehatte? Im übrigen bin ich - ich muß sagen leider - davon überzeugt, daß diese 300 Stellen nur eine Art theoretische Reserve für uns bleiben werden, weil die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen ist, daß wir - trotz eines in den nächsten Jahren zu erwartenden stärkeren Andranges der Südtiroler Jugend auf dem Arbeitsmarkt - aus man-

nigfachen Gründen nicht in der Lage sein werden, diesen Nachholbedarf rechtzeitig zu decken. Das hat aber mit dem grundsätzlichen Recht auf eine angemessene Stellenbesetzung nichts zutun, auf das die Südtiroler Arbeiterschaft bestehen muß. Und sie muß auch darauf bestehen, daß dieses Recht in einer überschaubaren Zeitspanne verwirklicht wird und nicht erst im nächsten Jahrhundert.

Wir bekennen uns ebenso klar zum Grundsatz, daß die erworbenen Rechte der heutigen italienischsprachigen Beamten unangestastet bleiben, daß wir also den status quo als Ausgangsbasis akzeptieren, aber wir brauchen eine Sonderregelung für die Anlaufperiode, ansonsten hätte es ja überhaupt keiner Verhandlungen über diesen Punkt bedurft. Auf Seite 4 seines Berichtes stellt der Präsident der Region zu diesem Punkt sehr samerweise fest, daß "der Vertreter der Region nicht zur Sechser-Kommission gehöre", und dies, obwohl auf Seite 11 des Berichtes über die Tätigkeit der paritätischen Kommission die beiden Herren Dr. Grigolli und Dr. Benedikter als Vertreter der Region angeführt sind. Wie ist das nun, Herr Präsident, wer vertritt nun wen, und unabhängig davon, teilen Sie und die Regionalregierung den in dieser Frage von Dr. Benedikter in der Sechser-Kommission eingenommenen Standpunkt oder nicht?

Darauf erwarten wir eine präzise Antwort.

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Il Presidente della Giunta regionale ha aperto questo dibattito sul bilancio di previsione per l'esercizio finan

ziario 1976 con dichiarazioni che significatamente riguardano marginalmente il bilancio.

Siccome egli ha esposto il programma legislativo per l'anno entrante, il discorso è naturalmente caduto sulle finanze della Regione in merito alle quali egli ha espresso la sua preoccupazione per il futuro sviluppo delle entrate regionali. Il meccanismo dell'assegnazione dei mezzi finanziari alla Regione va certamente corretti per adeguarlo sia alla modificata legislazione fiscale, come pure allo sviluppo congiunturale, che ha subito notevoli mutamenti ed è proprio soprattutto alla congiuntura che l'amministrazione regionale dovrà adeguarsi, amministrando con maggior parsimonia i mezzi finanziari disponibili. Non possiamo fare a meno di constatare che un ente con un bilancio di circa 20 miliardi di lire (di cui forse soltanto tre miliardi riguardano settori di competenza regionale, mentre la rimanenza viene amministrata defacto dalle Province e da altri enti), registra un dipendio generale per l'amministrazione, assolutamente non proporzionato ai suoi effettivi servizi.

Questa constatazione va fatta innanzitutto per il personale rimasto ancora alla Regione, i cui organici abbondano di dirigenti superiori (una denominazione esemplare per i funzionari dirigenti): primi dirigenti, ispettori generali, capi ripartizione, capi ripartizione aggiunti ecc.! Personalmente non ho effettuato alcun calcolo, ma sono sicuro che la Regione dispone ancor sempre di un maggior numero di dirigenti della Provincia autonoma di Bolzano, che vanta un bilancio dieci volte maggiore.

Per un ente, come già detto, amministra in proprio 3 miliardi di lire, il fondo di rappresentanza e quello riservato al Presidente ammontano a quasi 40 milioni di lire, nonchè le uscite per i cosiddetti servizi d'informazione di pari importo, ma soprattutto le spese per studi, ricerche, conferenze e congressi, che ammontano complessivamente a 185 milioni di lire. Concordo con il signor Presidente che è urgente regolamentare in via definitiva il passaggio alle Province del personale regionale, messo a disposizione dei due enti autonomi, per poter al più presto ristrutturare efficacemente gli uffici regionali con avveduta parsimonia.

Del resto desidero ricordare a tal proposito che oltre alla Regione vi sono anche altri enti, le cui prospettive finanziarie per lo anno prossimo sono tutt'altro che tranquillizzanti, in quanto i relativi effetti minacciano di divenire più incisivi per il cittadino. Il problema riguarda soprattutto le finanze locali. In questo settore la Regione ha da espletare, a mio avviso, il compito di effettivo coordinamento, trattandosi nella fattispecie di un problema che assilla in egual misura tutti i comuni della Regione, problema che va risolto essenzialmente sul piano nazionale.

Con particolare interesse abbiamo seguito le esposizioni del signor Presidente circa le intenzioni della Regione nel settore previdenziale. Si ha in animo di istituire una cassa pensione regionale per i dipendenti di tutti gli enti pubblici della Regione. Il progetto non è nuovo e speriamo che questa volta possa essere attuato.

Al singolo cittadino interessa soprattutto - sia che si tratti

di un dipendente di una pubblica amministrazione, sia di un lavoratore privato - una sollecitazione e revisione delle domande di pensione. I tempi di attesa, che in Italia sono diventati ormai una regola, vale a dire il periodo intercorrente tra la cessazione dell'attività lavorativa e la liquidazione della prima rata di pensione, sono diventati insopportabili soprattutto in tempo di crisi, la qual cosa equivale ad uno scandalo.

La meta da raggiungere è l'emissione del libretto di pensione all'atto dell'effettiva cessazione del rapporto di lavoro.

Vi è poi un altro problema, la cui soluzione non può farsi ulteriormente attendere, che concerne l'unificazione dei contributi previdenziali nel fondo a cui si riferiscono gli ultimi versamenti. Detta soluzione non è importante soltanto per i dipendenti più anziani delle amministrazioni provinciali, regionali ecc., ma è ben anche una premessa per tutti i sudtirolesi che intendono intraprendere ora una carriera statale, provenendo da un ambiente di lavoro privato.

Alcune parole ancora in merito al servizio antincendi, che sarà trasferito alle Province, per il quale sarà però necessario elaborare un programma pluriennale per l'ammodernamento e migliore equipaggiamento dei vari corpi. Sebbene a suo tempo detto argomento verrà riesaminato, desidero esprimere già oggi il nostro punto di vista e cioè che in futuro si dovrà attribuire maggior importanza all'equipaggiamento dei corpi che operano in zone chiave, i quali vanno adottati di mezzi particolari non solo atti a fronteggiare grandi incendi, ma anche altre catastrofi, mezzi che serviranno non solo la zona di assegnazione, ma un territorio più vasto.

Il punto centrale delle dichiarazioni del Presidente riguarda la illustrazione dei lavori delle commissioni dei 12, e dei 6, incaricate ad elaborare le norme di attuazione al nuovo statuto di autonomia. Nella seduta di ieri abbiamo ascoltato una specie di controdeduzione del Dr. Benedikter, dalla quale è risultato che il cosiddetto "fronte regionale" della commissione non è più compatto, come vuol dar da intendere il Presidente, ma che i contrasti di natura etnica, che il dott. Kessler nella parte finale della sua relazione cerca di indicare come superati, dominano ancor sempre in questo consesso. Al momento a noi non interessa valutare politicamente o meritoriamente l'attuale operato, ma ci preoccupiamo per le norme di attuazione ancora mancate. Desidero comunque precisare, che - come fino ad oggi - non ci interessa tanto conoscere la chiusura dei lavori, quanto il contenuto meritorio delle singole norme. Le trattative sono certamente durate a lungo, ma siccome in questa fase finale si devono ancora regolamentare molte materie di una rilevanza politica, attribuiamo maggior importanza ad una chiara e non ambigua formulazione, che all'entrata in vigore di una o dell'altra norma, date le circostanze, entro il mese di marzo o di maggio.

Il modo di procedere delle trattative in quest'ultima settimana nell'ambito della commissione dei 6 ha del resto dimostrato che l'ottimismo del Presidente, circa la imminente conclusione dell'elaborazione delle norme di attuazione in materia di proporzionale etnica nei pubblici uffici, è tutt'altro che giustificato. A nostro avviso proprio queste norme di attuazio

ne per la distribuzione dei posti di lavoro negli uffici pubblici costituiranno il banco di prova della disponibilità effettiva del gruppo etnico italiano per il superamento degli effetti più evidenti e duratori della politica di spazializzazione condotta in Alto Adige dal regime fascista. Il dato di fatto che oggi - a trent'anni dalla fine del fascismo - in Provincia di Bolzano il 14% scarso degli impiegati statali appartengono al gruppo etnico tedesco o ladino, non si può certamente giustificare con l'affermazione che i sudtirolesi avrebbero migliori possibilità di lavoro in altri settori e che non avrebbero del resto molto interesse ad un posto di lavoro statale. Le radici sono molto più profonde: negli anni 20 la maggior parte dei sudtirolesi (gli ultimi nello anno 1939) sono stati dispensati dal servizio alle dipendenze dello Stato ed anche dopo la guerra l'Italia democratica non si è molto impegnata a riassumere i sudtirolesi.

Oggigiorno trattasi dunque di garantire, per mezzo di adeguate norme, ai sudtirolesi il diritto ancorato allo statuto di occupare i posti statali in Alto Adige secondo l'effettiva consistenza della popolazione.

In secondo luogo trattasi di avere la garanzia che i succitati posti di lavoro possano essere assegnati entro un accettabile lasso di tempo. Siamo pertanto dell'opinione che tutti i nuovi posti, i quali verranno banditi con futuri concorsi, vanno distribuiti fra i gruppi etnici in modo tale, che la parte degli organici in Provincia spettante agli appartenenti ai gruppi tedesco e ladino risultino coperti almeno al 50% entro i prossimi 20 anni. L'atteggiamento assunto in meri-

to a questo problema da parte italiana è per noi incomprensibile, almeno nella forma da noi nota. La vertenza riguarda praticamente 300-400 posti, di cui gli italiani non verranno privati, ma dovranno occuparli anziché fra il 1975 ed 1995, fra il 2005 ed il 2015. E' effettivamente esagerato richiedere tanto ad un gruppo etnico, che per 50 anni ha avuto il monopolio in questo settore? Del resto sono purtroppo persuaso che questi 300 posti rimarranno per noi soltanto una specie di riserva teorica, in quanto non si può fugare il timore, che, nonostante la maggior richiesta dei giovani sudtirolesi sul mercato di lavoro, non riusciremo a recuperare in tempo quanto finirà perduto. Questo però non ha nulla a che fare con il diritto fondamentale ad un adeguato numero di posti di lavoro, sul quale i lavoratori sudtirolesi devono insistere. Devono infatti insistere, affinché questo diritto venga attuato entro un limite lasso di tempo e non appena nel prossimo secolo.

Riconosciamo nel modo altrettanto chiaro che i diritti acquisiti degli impiegati italiani non vanno toccati, accettando lo status quo come base di partenza, ma per il periodo iniziale necessita una regolamentazione speciale, altrimenti non sarebbe stato necessario avviare trattative per questo punto. A pagina 4 della relazione il Presidente della Giunta fa una insolida constatazione e cioè che il rappresentante della Regione non appartiene alla commissione dei 6 e ciò nonostante a pagina 11 della relazione, in cui si parla della attività della commissione paritetica, egli stesso indica il Dr. Benedikter ed il dott. Grigol-

li quali rappresentanti della Regione. Signor Presidente, chi rappresenta allora questi signori, ed indipendentemente da tutto questo, Lei e la Giunta regionale con dividono la presa di posizione, fatta dal Dr. Benedikter in merito a questo punto in seno alla commissione dei 6?

Attendiamo una precisa risposta.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Presidente, on. assessori, chiedo scusa se intervengo ora nel dibattito, dal momento che le risposte offerte ieri agli oratori del Consiglio, certamente da un punto di vista tecnico-estetico, sembrano gettare ombra sulla possibilità di rimettere in corsa chi, per sua disattenzione, lo confesso, sia giunto in ritardo ai nastri di partenza. Ma io confesso subito che sono il primo a sentire tutto il profondo disagio. E poichè son dell'opinione che correttezza, correttezza richiama, io preciserò subito i limiti del mio discorrere. Non intendo infatti polemizzare minimamente o intrattenere dialogo con quanto dall'on. Presidente della Giunta ieri sera detto qui dentro. E non certo perchè idee e concetti non mi siano entrati nella mente, ma perchè io volontariamente non consentirò che dalla mente essi rifluiscono alle labbra. E intendo anche discutere su argomenti in cui la risposta dell'on. Presidente della Giunta non mi sia parsa sufficiente; là dove essa è stata chiara e precisa, ogni mia richiesta cadrà. E voglio ritrovarmi, mi sia consentito per un momento, prigioniero della memoria, ora. Quando io nella ricerca tormentata di ciò che valido fosse nei

problemi etnici e minoritari, che allora ci angustiavano, avendo scavato nella "Mit brennenden Sorgen", sentii - si era allora a Bolzano - enunciare affermazioni e concetti che alla luce di un cattolicesimo vissuto e dell'alta cultura che da esso promana, son rimasti dentro di me come altissima lezione e indicazione morale. L'uomo che li pronunciava? Odorizzi. Che il suo nome poi sia rifluito sulla Regione è fatto occasionale e caduco. Ciò che sicuramente caduco non è, sta nella multiforme ricchezza dello spirito e dell'intelletto. Ecco, allora, perchè io mi sono concesso un ritorno alla memoria del tempo? Ma perchè i grandi temi di allora - me ne accorgo con sgomento - sono i temi di oggi. In altri termini, se storicizzazione c'è stata di fatti e avvenimenti, non è che le soluzioni loro offerte abbiano assorbito per annullarli, le motivazioni e le spinte dirompenti presenti in quei fatti. Dal momento che ancora oggi son qui tra noi con la loro carica vitale. Che senso avrebbe dire altrimenti che è necessario avere una visione più distesa della nostra convivenza? Oppure affermare, "per ridare tutto lo spessore antico delle autonomie, si mantenga un clima positivo di rapporti in generale?" Che senso avrebbe dire tutto questo, e non da oggi soltanto? Che è il terzo messaggio questo sullo stato dell'unione, in cui sento echeggiare concetti del valore morale che questi posseggono. Dobbiamo deciderci allora, questa è la mia modesta idea, dobbiamo deciderci, nella valutazione dei fatti, sulla esigenza di questo

discorso. Approfondito, evidentemente, con la S.V.P., approfondito senza complessi e senza paura. Solo le donne infatti non si percuotono nemmeno con un fiore. Il che non vuol dir certo che la S.V.P., perchè di genere femminile, sia donna, an che se l'assessore Benedikter ne è la Golda Meir. Due modi, secondo il mio modesto modo di vedere, esistono per offendere la Regione e appartengono alle due Province. Vediamo quello della Provincia di Bolzano: paralizzare la Regione nella sua attività, contestarne le funzioni anche quando esse sono promulgazione diretta dello Statuto, svuotarla di contenuto. Questo il desiderio, e questo allora, on. Presidente, ci riporta all'affermazione sua sulla "convivenza di diversi, che tali sono e tali vogliono restare". Per cui, vede, il discorso si deve trovare una volta per tutte il coraggio di ancorarlo a quel suo aggettivo sostantivato: diversi. Si riporta cioè esso ai valori di tradizione, di cultura, di storia, in altri termini al concetto di civiltà alla latina, o non piuttosto rimane esso ancorato a un suo significato puramente politico? In altri termini: è una scelta di cultura o di civiltà quella che impegna ad essere diversi? E la domanda, badi bene, va posta per due motivi logici, che vanno individuati l'uno nella realtà statutaria, l'altro nei convincimenti politici da lei enunciati.

Non esiste subbio alcuno, on. Presidente della Giunta, sulla natura della nostra autonomia. Essa risponde alle esigenze, alle scelte, della separazione, che è linguistica, scolastica, etnica in altri termini. E, accanto a questa realtà di separazione una prima che politica, vi è l'enunciazione sua sulla esigenza di ricercare un potenziamento sul ruolo delle Regioni quali enti politici istituzionali. Quindi, se lo strumento per attuare l'autonomia, in questo caso la Regione, è politico e l'autonomia ha come politica sua la separazione, la scelta che si compie per dar vita a questo essere "diversi" è scelta di civiltà o è scelta di cultura? Eh, non è un problema di adesso, non ci troviamo or ora a doverlo dibattere, è un problema di sempre, perchè è questo il modo d'essere eterno dell'anima tedesca. I latini han sempre visto la forma più alta, intima, della spiritualità, concretarsi nella civiltà. Il mondo tedesco l'ha visto sempre invece concretarsi nella cultura, tanto che la KULTUR è cosa diversa, completamente, dalla CULTURA, come la "Zivilisation" è cosa completamente diversa dalla civiltà. Per noi la cultura è una qualità acquisita, la civiltà invece è una qualità più profonda e innata. Per loro, invece, non v'ha dubbio che la civiltà possiede un qualcosa di esteriore e di meccanico, mentre la cultura è un qualche cosa di poco diverso, certo, dalla Weltanschauung, cioè da una rielaborazione personale della filo

sofia. E tutto questo cos'è, se non il cardine del sistema SPENGLERIANO, e tutto questo a che cosa ci riporta, se non alle valutazioni di sempre, là dove sono presenti le minoranze linguistiche che appartengono a questa civiltà. Certissimamente. E' discorso che ha dietro di sé cultura, anni di studio, di ricerche, di discussione. E allora ci si rende conto che se questa è la realtà della cultura, e questo significato possiede, essa non può essere disgiunta dall'altro sostantivo: "Kampf". Con tutte le implicazioni, naturalmente che ne conseguono, tanto che Thomas Mann, sentendone, come tedesco, tutto il fascino, ma intuendone, come europeo, tutto il pericolo, scrisse "la cultura evidentemente non è il contrario della barbarie, anzi troppo spesso non è che eine Stilvolle Wildheit, non è che una selvatichezza regolata da uno stile. E qui nasce, si imposta, deriva tutta la polemica storica e politica, dei popoli giovani e dei popoli vecchi. Un qualche cosa allora, on. Presidente, deve pur esistere, che si pone a ostacolo di comprensione su un piano più vasto, e non può essere quello dell'autonomia intesa come tutela minoritaria, se lei dice, e a mio modo di vedere dice giustamente: "la tutela delle minoranze linguistiche, realizzata per quanto riguarda le minoranze di lingua tedesca e ladina della provincia di Bolzano". Realizzata! Ed è qui che io ho voluto valu-

tare quel suo discorso sui versanti, on. Presidente, e mi dicevo allora che andavo dentro di me meditando, mi dicevo: ma i versanti che io conosco sono due: uno adriatico, bacino del Po', l'altro danubiano, orientato verso tutt'altri mari e foci diverse. E così facendo io sapevo dentro di me di essere nel vero. Perché, mi son detto, esiste questo atteggiamento, che ci è dato cogliere? E non potevo non riflettere sugli accordi di Parigi e sulla grande speranza che da essi promanava, in essi viveva, su quello strumento che doveva essere di civiltà, esattamente. E non potevo non riflettere che il prezzo pagato nella incomprensione e nel naufragio di un'intera classe politica, non era il "quadro" in quanto tale, non certo la Regione, in quanto Regione, ma il prezzo pagato era il "quadro" in quanto trentino. Perchè la polemica è sempre stata nei confronti dei trentini, quasi noi fossimo coscienza storica di un popolo, che non gradiva averci presenti. Qui sta la radice del problema. E su questa posizione di critica al "quadro" in cui realizzare l'autonomia delle province non si sono affiancati forse e decisamente anche partiti italiani della provincia di Bolzano? E su questa impostazione anti trentina non si sono forse attestati gli stessi rappresentanti ufficiali del suo partito, sedenti allora in questo Consiglio. Eh, le ricordiamo tutte le parole di fuoco dell'ex cons. Menapace, proprio su questo atteggiamento. E dobbiamo, nella serena

valutazione di quanto è successo, comprendere che probabilmente anche i due negoziatori dei patti di Parigi non avevano in mente quale fosse la meta ultima dello Statuto, non credevano, non pensavano, non avevano capito, forse, che si doveva giungere alla "separazione", perchè se questo avessero capito, avrebbero dato l'autonomia alla sola provincia di Bolzano. Non pensavano che si dovesse giungere a tanto! E allora di fronte a questo sbaglio, che tutti condividiamo, ricordiamoci di quando l'on. De Gasperi affermava dei trentini: "italiani sì, ma con un pizzico di trentinismo pratico". Bene! Il nostro trentinismo, che è giusto, (e io che cosa sto facendo in questo momento, se non riconoscere la carica vitale), proprio questo trentinismo ci è venuto meno, nell'affrontare concretamente i problemi dell'autonomia, imposti sotto questa visuale ottica, che è visuale ampiamente politica. Si è sbagliato allora, va bene, ma perchè si è sbagliato allora non abbiamo certamente il diritto di sbagliare oggi. Si è sbagliato allora per allora e non dobbiamo sbagliare ora per ora. E non c'è da meravigliarsi allora, on. Presidente, se possono apparire contraddittorie certe posizioni! Perchè è proprio per questa caratteristica di "politica" dell'Ente di cui si discute, che sul cosiddetto "ritardo" delle norme non si

sono "colti ostacoli di alcun genere all'esterno". E qui lei ha diligentemente enunciato il nome degli ostacoli. Tanti. Quasi non fossimo tutti campioni di corsa con gli ostacoli. Qualcuno di voi lo sarà senz'altro, non abbiamo trovato gli ostacoli marca Kreisky, marca Bielka-Kaltreu, marca Wallnoefer, un ostacolo questo un tantino superato ormai, dati i ritrovati moderni. E perchè allora non esistono questi ostacoli? Lei si meraviglia? Io no di sicuro, non ne provo meraviglia alcuna. Lei stesso giustifica questo mio atteggiamento alorchè dice: il ritardo è servito e serve per scavare "addirittura entro competenze residue dello Stato". E io non discuto di questo, inteso come esercizio dell'autonomia, io discuto di come, nel momento in cui si affronta questo tema, ecco, si impone a noi sì, la missione ha parlato tanto di storicismo dentro quest'aula ieri, tutti hanno parlato di storicismo, - si impone a voi, sì, la missione storica, ecco, di rimediare agli errori passati, e di costruire adesso su basi, che siano di vicendevole e reciproca fiducia, una volta chiariti i concetti che stanno a fondo di questo problema. Ecco, on. Presidente, questo è il modo, io dico, di Bolzano, per offendere la Regione. Ma ne esiste un altro, nostro, tipicamente trentino, per offenderla. Ed è quello di svalutarla, svalutarla intimamente nella discussione, ad esempio, è quello

di declassarla a cosa di secondaria importanza, di poco conto, con il disordinato accavallarsi del Consiglio provinciale, delle commissioni che ne sono emanazione. E in questo caso il capogruppo del suo partito, manca soltanto del cilindro e dell'abito scuro. Il fiore bianco non occorre. Per il resto, guardi, è a posto. Poche parole di circostanza per il caro estinto. Non fiori, ma opere di bene. E allora è evidente, che anche lei, on. Presidente, come il solitario del Boulevard Haussman, s'è fatto applicare pareti di sughero all'interno della stanza, oh, non certo per allontanare i rumori, perchè rumori non gliene giungono, ma forse per ritrovare nella meditazione conforto in se stesso, perchè conforto dall'esterno e dai collaboratori, intendo in senso politico, certo molto non ne viene. Anche lei alla ricerca del tempo perduto. E parla infatti del tempo perduto, sì. Questa, lei lo sa, è proprio la storia delle occasioni perdute, dei fallimenti politici collezionati, delle aspettative andate deluse. E già che è "alla ricerca del tempo perduto", lei sa ch'era sentita quella come una grande cattedrale gotica, con le sue zone d'ombra e con il moltiplicarsi dei corpi accessori e laterali, che andavano prendendo man mano forma all'interno dell'intelligenza di Proust. Ma in questa cattedrale nostra, che abbiamo costruito, le zone d'ombra vastissime riguar-

dano la regione, mentre tutte le costruzioni accessorie e laterali riguardano la provincia. Il che non sarebbe male, se fossero rettamente intese e se si capisse la lezione che da tale realtà a noi proviene. E non mi meraviglia, allora, che lei abbia dovuto qui dentro introdurre i discorsi sulla attività della Regione, parlando di cicli storici, per modestissime leggi, quali possono essere la destituzione dei segretari comunali, con quei provvedimenti che noi abbiamo condannato, perchè alteravano quella che era una impostazione nazionale. Non mi stupisco che si dia valore enorme alla legge che consegna pensione, assegno e arretrati natalizi ai sindaci e agli assessori o ai vice sindaci, non mi meraviglio...

KESSLER (Presidente G.R.-D.C.):
(Interrompe)

PREVE CECCON (M.S.I.): Ah, appunto... non mi meraviglio. Qui c'è scritto e si parla di cicli storici...

KESSLER (Presidente G.R.-D.C.):
(Interrompe).

PREVE CECCON (M.S.I.): Ecco, così, senza infingimenti, perchè altrimenti correremo il rischio di trovarci nelle vesti di Gramsci quando afferma che i fatti della storia hanno sempre due aspetti: uno tragico e uno ridicolo. sarebbe veramente ridicolo che noi potessimo pensare che è valido il dise-

gno di legge sui sindaci inteso, "come un riconoscimento di ordine politico e morale dell'opera dei nostri amministratori e anche come una nuova impostazione giuridica dei rapporti fra amministratori e amministratori, per mezzo della formalizzazione nei loro rapporti con l'amministrazione comunale che supera la vetusta figura del funzionario onorario". Ecco, dire questo appartiene alla farsa.

(INTERRUZIONE)

PREVE CECCON (M.S.I.): Sì, certo, la supera nella misura che noi tutti sappiamo, quando pensiamo e poniamo mente ai dipendenti delle Regioni e delle Province, che usufruiscono del loro tempo pieno per fare gli amministratori, che usufruiscono del loro stipendio senza lavorare in Provincia o in Regione e che avranno un altro assegno, sol perchè esercitano le funzioni di sindaco, senza che voi vi siate sognati di porre le incompatibilità pur necessarie. La realtà politica è che anche queste leggi nascono non certo dall'esercizio sereno delle competenze, ma dalle imposizioni e dal compromesso. Ecco io direi che accostata alla teoria del "tempo creativo" del Bergson, questa creatività regionale rischia di sovvertire i principi filosofici. E già che di sindaci parliamo, mi consenta un piccolo accenno,

on. Presidente alla situazione dei consiglieri regionali, che provengono dalle amministrazioni a noi ben note. Lei ha affermato che quella legge di incompatibilità è ferma per "particolari situazioni di carattere etnico nelle quali deve operare qualche gruppo politico". Così qui dentro c'è scritto. Allora io mi domando che significato abbia tutto questo. Cioè questo della incompatibilità, è un principio o è una consultazione? L'elettorato, io dico, come la tutela negativa della realtà minoritaria è del singolo, non appartiene certamente al gruppo organizzato. Questi sono diritti soggettivi del cittadino...

KESSLER (Presidente G.R.-D.C.):
(Interrompe)

PREVE CECCON (M.S.I.): Allora ci siamo capiti. Grazie. Perchè altrimenti sarebbe veramente un intendere in maniera sbagliata, una leggittima, facilissima, difesa di caratteristiche minoritarie. Ma questo discorso allora si amplia fino al tribunale di giustizia amministrativa, perchè certamente le esigenze, le aspettative, dei cittadini non possono essere disattese da problemi di nomina, a chi compete, in sintesi, la nomina dei giudici o cose del genere. Evidentemente sono questioni d'ordine politico, che hanno la loro profonda, grande importanza, ma che vanno sempre subordinate, a mio modesto modo di vedere, a quella che è la esigenza corretta del vivere civile e alle aspettative e alle attese delle popolazioni che qui vivo

no, dal momento che sappiamo tutti perfettamente come nessuna violazione di qualsiasi natura sarà arrecata nel momento in cui i gruppi dovranno esprimere i loro rappresentanti. E una mia riserva, profonda, on. Presidente della Giunta, la mantengo là dove lei parla della ampiezza della delega obbligatoria in merito al servizio antincendi. E perchè ho la mia riserva? Ma perchè io credo che il concetto giuridico della delega non abbisogni di alcun approfondimento. Qui evidentemente ci troviamo di fronte a un problema politico, e riguarda con ciò la esistenza stessa della Regione. Perchè qui, on. Presidente, si ricorre all'assurdo giuridico, che è già insito nelle potestà regionali di ordinamento dei comuni. Il potere ordinatorio in altri termini non può essere disgiunto dal potere di controllo e da quello di scioglimento, altrimenti è pura finzione, ed è meglio, è meglio dare allora agli altri enti anche questa competenza. Non ci possiamo nascondere dietro un dito. E' come quando ci troviamo di fronte alle competenze regionali di sciogliere i consigli di amministrazione degli enti ospedalieri e di nominare i commissari e lo si delega. Eh, no, queste cose vanno impostate correttamente dal punto di vista delle competenze e delle spettanze e con altrettanta corretta civiltà vanno accet-

tate. Perchè rispettiamo noi stessi rispettando gli enti, perchè sappiamo che gli enti sono al servizio delle tre collettività. Non sono contro i diritti delle tre collettività. Ecco, in questo senso io dissento, on. Presidente. E non posso a questo riguardo già che mi ero prima riferito "alla ricerca del tempo perduto", non ricordare come gli uomini occupano nel tempo un posto prolungato a dismisura, rispetto a quello limitato che è loro concesso nello spazio. E questo mi viene in mente, quando analizzo questa sua affermazione: "La tutela delle minoranze linguistiche è stata infatti recentemente aperta, anche per quanto riguarda quelle che vengono definite isole linguistiche esistenti nel territorio della Provincia di Trento". Non posso non riflettere su questo, perchè lei nella sua prosa è stato un notaio corretto e perfetto, ma evidentemente avrà le sue idee e avrà le sue valutazioni da proporre anche di fronte a questa realtà. E poichè lei dice, nel suo discorso, che la Giunta ha l'animo sgombero e aperto a qualsiasi problema, a qualsiasi impostazione, o meglio che "anche il problema lo vuole affrontare in spirito di apertura", queste sono le sue parole, io più modestamente, on. Presidente, perchè non ci siano dubbi sulla possibilità di valutare il pensiero dei gruppi politici, io lo affronto subito questo problema da un punto di vista giuridico e storico. Accordi di Parigi: ha individuato o gruppi linguistici minoritari; se ne tro-

vano due. Consistente, valido, il primo, l'altro è posticcio. Non per nulla i comuni mistilingui della provincia di Trento ci sono stati tolti e aggregati alla provincia di Bolzano, per costituire anche una realtà geografica accanto a quella che era una realtà umana e linguistica. Una realtà amministrativa quindi a interpretare quella che era una realtà umana e linguistica. Il problema ladino invece perchè esiste? Oddio, il problema ladino esiste non perchè non esistano i ladini, ma perchè parte dei ladini, in un certo tempo storico, sono stati germanizzati. Solo per quello esiste il cosiddetto problema ladino. Io le sono grato del libro che ci ha consegnato, perchè la strada da battere è quella culturale (a onor del vero debbo riconoscere che sempre nella sua attività amministrativa lei ha seguito questa impostazione, che ribadisce in questo momento in regione) la ringrazio dicevo di quel libro che tali problemi affronta, con forza invero illuminante. E' lì che abbiamo trovato la divisione delle minoranze in minoranze involontarie e minoranze necessarie o loro malgrado. E se lei mi consente, dico che sarebbe facile ironizzare sulle minoranze "necessarie". A chi "necessarie", potremmo dire o "loro malgrado"? Per chi? E perchè? Ecco, non lo dico. Evidentemente le minoranze "volontarie", lo so

no per motivi ben radicati, specifici, che sono quelli della difesa di un loro modo d'essere, di una loro scelta e non solo questa difesa è una difesa negativa, ma è anche una difesa positiva, perchè reclama essa attuazione di leggi, che possono sembrare discriminatorie nei confronti della totalità dei cittadini, ma che discriminatorie non sono, perchè consentono, nel tempo, la vita di un determinato modo di sentire e di essere. Sono concetti fondamentali. Ma, on. Presidente, la scelta della difesa attiva è una scelta di civiltà, è una scelta di lingua, è una scelta di cultura, e in questo caso, mi consenta, è possibile parlare per la Valle del Fersina o parlare per Luserna, è consentito parlare di lingua? Quale lingua parlano, di grazia, nella Valle del Fersina? Ma badi bene io vado oltre a questa impostazione. Io non ho difficoltà alcuna a discostarmi dalla tesi che vuole la lingua come individuazione di una minoranza rispetto ai dialetti. Io mi discosto, mi dispenso da questa tesi. Perchè altrimenti come mi comporterei di fronte alla lingua romanza, quando certamente J. Rudel conferiva ad essa dignità letteraria, allora che cantava: "Amors de terra lonh dana por vos totz lo cor mi dol". Ed egli era con la sua lingua provenzale infinitamente più vicino all'italiano, di quanto lo fosse il verseggiare siculo di Ciullo D'Alcamo alla lingua toscana. E' evidente: ci sono lingue passate o considerate dialettiche, che vantano altissima dignità lettera

ria. Ecco quindi che non è possibile fare i raffronti fra le lingue e i dialetti se non nella misura in cui io mi sono permesso di farlo. Ciò che mi interessa è un'alta cosa, on. Presidente della Giunta. E' che l'idioma parlato da un gruppo di rappresentanti comunque il fattore inalienabile di aggregazione all'interno del gruppo stesso e ne diventi quindi di conseguenza l'elemento di separazione dal gruppo contrapposto. Ora io mi domando se questa fattispecie ricorre nella Valle del Fersina, io mi domando se c'è separazione a Canezza e a Pergine. Io mi domando se c'è separazione o necessità di aggregazione diversa a Luserna nei confronti di Lavarone. Tutto ciò non è pensabile, non esistono queste differenziazioni, per cui la tutela della minoranza, la tutela negativa della minoranza, è garantita certamente all'interno della costituzione stessa, là quando si dice: "la Repubblica tutela con proprie leggi le minoranze linguistiche". (Art. 6 costituzione). Certissimamente questa tutela esiste ed è sufficiente. E non è possibile d'altronde che la Regione individui la consistenza o i tipi vari di minoranze, perchè non è suo compito e anche perchè la Corte costituzionale ha sancito la obbligatorietà dello Stato a questo intervento, il che, secondo il mio modesto modo di vedere, è giusto e logico. Vi immaginate se le Re-

gioni potessero individuare minoranze e costituirle? Ma ci sarebbero i venditori ambulanti delle minoranze; ne avremmo a chili, a quintali ovunque; è compito dello Stato quindi. Ma io sono altrettanto convinto, on. Presidente, che una volta definita la esistenza di una minoranza di questo tipo, la Regione possa, in questo spirito, legiferare per provvedimenti che tornino utili alla conservazione di certe caratteristiche o all'appagamento di certe idealità, che minoranze di tal tipo possono avanzare. Ma nel rispetto certissimamente di questa logica che io mi sono permesso di esporre. E non parliamo di minoranze "etniche", non parliamo di "etnie". Ma cos'è l'ethnos? On. Presidente, ci siamo persi nel mare della storia, lì dentro tutto fluisce, tutto si fonde e si confonde e per fortuna si rigenera perchè l'apporto di tutti gli uomini è necessario nella creazione molteplice e splendente della civiltà. E allora quali testimonianze ci sono archeologiche, per parlare di ethnos? Poche iscrizioni, poche, frammentarie, iscrizioni indecifrabili. E quali sono le testimonianze storiche? Ma non esistono neppure quelle. Io vorrei sapere chi sostiene oggi, on. Presidente, la presenza dei cimbri, nella regione Trentino-Alto Adige, per il toponimo della Val di Cembra. Chi? Nessun storico, neppure i tedeschi che sono serissimi in queste cose, neppure uno storico tedesco ritiene che si possa impostare il problema da

questo punto di vista. La favola dei cimbri è scomparsa e non so nemmeno più se ci creda il nostro collega Nicolussi-Leck. Non lo so se oggi ci creda ancora, perchè se ci credesse, sarebbe allineato sulle tesi pseudo storiche di quell'altro pseudo-storico che risponde al nome di Romeder, quando affermava che le invasioni tedesche avevano talmente tedeschizzato l'Italia che Dante Alighieri si chiamava Durante Alighier. Ecco io non credo più a testimonianze storiche di questo tipo. Vede, la storia è in marcia. Chi più crede ormai alla favola degli etruschi venuti dal mare, i Rasena, chi? Quando sono scesi essi da queste montagne, dall'Alto Adige, dal Trentino e tutte le scuole storiche sono allineate perfettamente su questa tesi e oggi giorno si è fatto piazza pulita delle antiche credenze dei popoli che venivano dal mare; oggi. E gli storici tedeschi sono in prima linea. Come sono state spazzate via, mi consenta, cons. Lorenzi, questa espressione, sono state spazzate via le tesi degli illirici che avrebbero popolato il Veneto. Chi lo sostiene? Più nessuno lo sostiene. Stiamo attenti quando affrontiamo questi problemi, perchè on. Presidente, se andiamo avanti di questo passo, arriverà qualcuno con la Tavola clesiana. Verrà qui dentro e dirà: signori, i Tulliassi e i Sindoni dove sono? Come minimo

ci prenderemo un'accusa di genocidio. Se poi gli abitanti di Tassullo si accorgono che per allitterazione possono essere individuati con i Tulliassi

(INTERRUZIONE)

PREVE CECCON (M.S.I.): Ecco le rivendicazioni della Valle del Sole, avete inteso? allora noi dovremmo creare altri tipi di minoranze. No, non è possibile progredire con questa impostazione e con questa visione della storia, delle tradizioni, della cultura e della civiltà.

Detto questo, on. Presidente, mi consenta due parole, sulla impostazione giuridica del concetto di minoranza. Io ritengo che sia pacifico ormai stabilire che tutti i diritti connessi all'appartenenza di una minoranza sono diritti soggettivi, e come tali non appartengono certamente alla sfera collettiva, non appartengono certamente al gruppo, non appartengono certamente al partito, non appartengono certamente ad una qualsiasi organizzazione; sono diritti soggettivi di ciascun cittadino che fa parte della minoranza. Orbene, se questa è la realtà, e la realtà è questa, non è pensabile che i diritti minoritari siano difesi, propugnati, portati avanti, come cattivamente si suol dire oggi giorno, da un solo partito politico, o da taluni partiti politici. Queste difese nascono dalle leghe, da associazioni, le quali impongono il corretto problema della tutela linguistica minoritaria

con tutti i diritti che ne conseguono, associazioni e leghe che possono anche generare partiti. I quali partiti sono apportatori di ideologie o di dottrine o di convincimenti sulla organizzazione della società, ma non sono certamente manifestazioni di difesa etnica. Dopo di che, se questo è vero, e questo è vero, on. Presidente, nè il colloquio, nè il dialogo con le minoranze, dal momento che si affida o si è ritenuto opportuno affidare da noi la tutela minoritaria ai partiti, va concesso ad un solo partito, ma tutti i partiti vanno interpellati e tutti i partiti sono ascoltati, tutti i partiti espressi naturalmente dalle minoranze, sono chiamati a manifestare il loro parere sulla tutela attiva e sulla tutela negativa dei loro diritti e delle loro caratteristiche peculiari. Non si può intrattenere a senso unico un colloquio e un discorso. E' un discorso collettivo, che riguarda tutti i cittadini, perchè i diritti di questo tipo e di questa natura sono diritti individuali. Quindi, io questo mi son permesso di esporle, anche perchè il suo partito nel proprio giornale ha scritto: "di fronte a questa mentalità gretta, non ci resta che augurare ai nemici della S.V.P. (Dietl, Jenny ecc.) una bella vittoria", (c'erano le elezioni comunali allora) "almeno avremo la soddisfazione di vedere che qualche cosa sta cambiando nell'altro gruppo,

nonostante i richiami di guerra santa del partito di Magnago". A parte le considerazioni politiche che si possono trarre da questo discorso, io dico che l'incontro con tutti i partiti minoritari è d'obbligo, se la natura dei diritti riconosciuti alla minoranza, all'appartenenza ad una minoranza, hanno la veste che la nostra costituzione, il nostro codice e la nostra giurisprudenza hanno individuato. E mi piace, mi consenta, e ho finito, mi piace, on. Presidente, quella sua affermazione posta a commento della valutazione politica generale; mi piace perchè registra un progresso, ecco, registra un progresso rispetto all'on. Moro. Perchè io, sempre, sui giornali, leggevo: si è riunito il Governo e ha discusso le dichiarazioni del Presidente del Consiglio alla Camera. E lì, limature contro limature, ed avevano poi così modificato, emendato, variato, mutato, che l'on. Moro si chiedeva: ma sono stato io a scrivere queste cose o le ha scritte qualcun altro? Comunque c'era questa impostazione. Solo che io trovo una affermazione che mi sbalordisce, ecco perchè parlo di miglioramento. Lei afferma, a proposito della sua valutazione politica, "che la peculiarità della formula di governo che presiedo potrà forse anche farla risultare l'espressione di pensieri sentiti non da tutti in egual misura". Non da tutti, dice. Lei ha esposto dunque concetti, che nella sua Giunta non sono stati o potevano non

essere sentiti in egual misura da tutti i componenti. E certamente è nata in me allora l'esigenza di una spiegazione, di chiarimenti, e mi son chiesto: ma chi sarà a non sentire in egual misura? Molignoni? Sarà Molignoni che non è in egual misura arroccato su queste posizioni? Molignoni? E subito mi sono risposto che l'assessore Molignoni non ha certamente di queste implicazioni. Ormai lui sa che l'appellativo di "Decio il tassatore" nessuno glielo toglie più via. Lo sa benissimo, anzi, ambirà tutt'al più che accanto al ponte Druso costruiscano un ponte "Decio", senza le aquile, ma con i torchi. E allora sarà contento anche il cons. Fedel che finalmente potrà battere moneta in quel di Bolzano. E chi può essere allora, se resta escluso l'assessore Molignoni? L'assessore Betta, mi son chiesto. Non può essere. Perché dalle dichiarazioni sue e del suo partito, lui, in Giunta regionale ci sta per guardare, per vedere, non per parlare, non per certamente assentire o dissentire, ma solo per vedere. E allora sarà il Vicepresidente Mengoni? Eh, no, il delfino segue, non precede. Questo anche nei ricevimenti, dappertutto. E' la tecnica corretta dei cerimoniali. Non può essere lui. E allora, chi? chi, queste dichiarazioni non condivide? Ed è qui che mi sono nati fieri Dubbis. Non lo so se sono giunto alla verità. Da quest'ultimo nome. Emble

matico. Anche perchè certi accenni della sua relazione mi portano dritto dritto al Peter Brigger o meglio direi al Piotra. Sì Piotra, siamo stati a Mosca, o no? La storia, il destino, vedete quali giochi scherza, il destino agli uomini? Piotra, "Du bist Fels und will ich auf diesem Felsen meine Kirche bauen". E qui nasce il discorso del Piotra, sulla possibilità di un plebiscito, dell'autodecisione. E io quando, così, tra le righe, sento certi accenni che vogliono dissipare quest'ombra, non posso non riandare con la memoria a quelli che sono stati da sempre gli atteggiamenti del nostro senatore Piotra. Il quale diceva, non si stancava mai dal dirlo, - gli uomini li apprezzo sempre, quando dicono la verità e hanno il coraggio di assumere le loro posizioni; ecco perchè io stimo gli altoatesini, profondamente; è quando si nascondono dietro il dito che mi dan fastidio -, il nostro senatore Piotra dunque diceva sempre: noi attuiamo la politica del carciofo; una foglia dopo l'altra. Ecco, siamo arrivati al cuore, intaccandolo da un pezzo. Quindi io, on. Presidente, riconosco che l'unica posizione seria, è l'unica cenno che faccio questo; lei non c'era ma io avevo promesso che non avrei mai parlato di quello che ha detto ieri e non mi sarei mai avvalso, per dialoghi o per polemiche, delle sue dichiarazioni, perchè non era corretto-riconosco, dicevo, che l'unica posizione seria e quindi apprezzata sta nella sua dichiarazione di ieri, quando afferma:

nessuno di noi fa il fuoruscito o nessuno di noi passa confini, se succedono certe cose. Ognuno di noi le sue responsabilità se le porta e se le assume, all'interno degli enti in cui vive e in cui opera. L'ho apprezzato profondamente, questo atteggiamento perchè ne condivido lo spirito, ma la risposta vera a questa affermazione, è la tutela, è la difesa vera, profonda, della Regione nella sua essenza e nella sua funzione e nella sua potestà operativa e nella sua capacità di creare politica, di creare grandi incontri e di permetterci finalmente, dopo tanto tempo, pare un assurdo ed è ancor vero invece, permetterci di conoscerci. Non per nulla si discute qui, come diceva ieri sempre il cons. Fedel. Lungo e involuto è stato invece il suo discorso sui "due versanti", allorchè individuava interlocutori o visioni o aspetti che nella politica nostra acquisiscono dimensioni tanto spesso e di proposito dilatate.

Tralascio il fantasticare Bassettiamo delle "regioni alpine", fiorito e pittoresco, come fiorite e pittoresche sono le tovaglie e le lenzuola sortite dai suoi telai.

Per ciò che ci riguarda, invece, le dirò che da sempre noi di versanti conosciamo solo quello italico, del Po.

Quello Adriatico, insomma.

Conosciamo anche l'altro versante, quello danubiano, che ha come meta mari del tutto diversi,

ma la nostra conoscenza è puramente geografica, culturale.

Quindi ogni discorso, per noi, è fattibile, ma alla luce di queste realtà che amiamo confermare.

Tralascio invece la sua considerazione sua che introduce un nuovo neologismo politico: quello dei partiti praticabili. Io so che i praticabili si trovano nelle grandi ribalte, sono nei teatri. Ecco, allora, la grande ribalta politica, con i nuovi partiti praticabili, per posizioni di governo. Io qui non voglio entrarci. Perchè dovrei fare considerazioni che non voglio assolutamente fare. E non le voglio fare, perchè torno a ripetere, io ho abusato della pazienza sua e dell'on. Consiglio, prendendo la parola quando modestamente riconosco che non avrei avuto il dritto di averla. E allora on. Presidente, concludo: il nostro atteggiamento è un atteggiamento assolutamente coerente quando le manifesta tutta la stima e la simpatia per l'opera che si conduce in tutela e in difesa delle prerogative di questo ente. Tutta la stima e la fiducia nostra nella sua attività, intesa a garantire, attraverso questo ente incontri e comprensioni. Le manifesto invece tutto il contraddito nostro per quando ci parrà che questa sua attività politica dismetta, per troppe preoccupazioni di contrasti politici, quelle che sono le necessarie difese dell'istituto.

PRESIDENTE: La parola al cons. Fedel, per la seconda volta.

FEDEL (P.P.T.T.): Signor Presidente, signori consiglieri sono obbligato a prendere la parola per la seconda volta, in quanto m'è parso chiaramente dalle dichiarazioni del signor Presidente, di ieri sera, che non ha voluto per nulla impegnarsi politicamente o rispindere politicamente ad alcuni quesiti che io gli avevo posto e su alcune valutazioni che avevo fatto in merito alla Regione. Anzi, il signor Presidente ha liquidato il mio intervento, dico "liquidato", cercando di squilibrarlo tirando in campo il fatto personale Odorizzi. Le dirò, signor Presidente, che qui sono consigliere regionale. Se in Consiglio regionale io non ho titolo per esprimere un giudizio politico su un Presidente della Regione dal 1948 al 1960 circa, mi pare, allora io direi che qui non so che cosa ci stiamo a fare. Lei, per non rispondere a determinati quesiti, ha voluto buttar lì il mio intervento, cercando di colpirlo, fin dall'inizio. Affermando che non apprezzava il giudizio personale da me fatto fra Defant e Odorizzi e allora io oggi devo prendere la parole per dirle, signor Presidente, che sono un consigliere regionale, che ho titolo per esprimere un giudizio politico su un ex Presidente della Regione, che si chiamava Odorizzi, e la Regione - ho ereditato

questa nomea, questa qualificazione, questo nome - la Regione, si diceva, era Odorizzi. E non potevo non sottolineare, come sottolineo ancora oggi, il contrasto esistente fra il comportamento di Odorizzi della D.C. nella gestione della Regione e il comportamento di Defant, che già allora portava avanti i discorsi che lei nell'ultima relazione di bilancio dell'anno scorso, come ebbi a ricordarglielo e come glielo ricordai ancora ieri sera, portò avanti. Sì, i conteggi sull'ENEL. Chi non li ha fatti, se non Defant già allora? E voi, democristiani, come avere risposto a Defant? All'ASAR? Come avere risposto? Non dico a pesci in faccia, perchè sarebbe troppo poco, signor Presidente! Avete risposto il 4 maggio 1951 portando la bara a un suo comizio in Piazza Italia! Signor Presidente, noi giovani autonomisti, non le possiamo non ricordare queste cose. E quindi, ecco perchè noi siamo diffidenti nei confronti dei democristiani, per quanto validi possano essere, come ho già detto l'anno scorso e come ripeto oggi, i giudizi sulla sua relazione al bilancio della Regione. E mi consenta ancora un'altra cosa, signor Presidente, mi consenta dirle che il suo petto in fuori e pancia in dentro, col quale lei ieri sera ha risposto, non mi ha colpito. Lei ha fatto un bel discorso retorico, ha cercato di tirar fuori argomentazioni, ha cercato addirittura di commuovere i consiglieri, con

la storicità e la drammaticità della quale ella sa benissimo colorire il suo linguaggio, per dire come sia stato travagliato il discorso per arrivare a questo tipo di Regione, che io condivido. Ma chi ha portato la situazione agli anni 1960-61-62, ecc? E' forse stato il PPTT? Lei non ha voluto riconoscere il merito al PPTT di averla vista questa situazione, di averla combattuta, ma anzi, come dicevo già ieri sera, voi democristiani avete sempre in ogni campagna elettorale parlato delle sparate di Pruner, delle bugie del PPTT, ecc. Oggi lo ammettete, noi con soddisfazione dobbiamo sottolinearlo e ricalcarlo, perchè anche noi abbiamo diritto ad avere delle soddisfazioni, anche se non siamo democristiani, perchè siamo soprattutto trentini, abbiamo diritto ad avere queste soddisfazioni. E poi, mi consente ancora, dal discorso suo di ieri sera sembrava che la soluzione di pacificazione etnica fosse derivata proprio, non dico dalla sua opera personale, ma comunque da un'opera svolta dalla D.C.: io le dico e le ricordo, signor Presidente, che oggi ci troviamo in un clima di maggiore distensione etnica, ci troviamo con una realtà oggi quale quella del quadro regionale con le due Province autonome, sa perchè? Non per la D.C. perchè ci saremmo trovati prima senza far vedere brillare i tralicci, ma per i

Kerschbaumer, per i Kostner, per i Kofler, per gli Amplatz. E voi oggi, perchè avere dovuto mollare, allora vi attribuite i meriti. Secondo me, signor Presidente, me lo consenta, io glielo ho detto ieri sera chiudendo il mio intervento, io son fatto così, parlo a braccio, parlo come mi sento di parlare, la risposta che lei ha dato ieri sera era semplicemente un'evasione a tutti i problemi posti qui. Lei non ha detto che la Regione dovrebbe avere, secondo il nostro punto di vista, una funzione politica che dovrebbe promuovere un tipo di federalismo in Italia, lei non ha detto nè sì, nè no... Ma perchè la Regione non potrebbe assumersi questo incarico? Lei ha detto che io ho attaccato Odorizzi, e ha liquidato così il discorso del cons. Fedel. Ecco perchè io sono intervenuto, lo sa il perchè, signor Presidente? Perchè io sono nato a mille metri, e come Domenico Fedel ho la mia dignità, e quindi dovevo intervenire per sottolineare questo. Quindi le ribadisco ancora che, secondo me, la Regione deve avere quella funzione politica che lei ha in qualche modo ricordato; però quella funzione politica non deve essere espressa in valutazioni così contorte alla on. Moro, come già ieri sera le ho ricordato! Se vuole acquisire credibilità fra le popolazioni trentine, come uomo veramente autonomista e come partito, lei deve pronunciarsi chiaramente, altrimenti, come le ho già detto ieri sera, quei si-

gnori che siedono su quei banchi non potranno crederle, non potranno cioè avere credibilità in certe relazioni e in certe affermazioni. E ancora io le dico che, secondo il nostro modesto punto di vista, quando parla di confrontarsi nella storia, di guardare al passato per evitare in futuro determinati errori, quando parla di storicità, anche i fatti che io ho enunciato ieri sera e che qualcuno ha ripetuto oggi, non possono essere dimenticati. Altrimenti assomigliremmo più ai farisei che ad altre classi di persone. Quindi, nel mentre ribadiamo il merito autonomista al partito delle due stelle alpine, come partito di spinta sempre disprezzato e condannato dalla D.C., noi le diciamo, signor Presidente, che andremo d'accordo, potremo trovare un momento d'incontro quando maggiore chiarezza e maggiore sincerità potremo trovare da questi banchi.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta.

KESSLER (Presidente G.R.-D.C.): Sì, più che un intervento in sede di discussione generale, la mia vuole essere una dichiarazione, ed è la seguente. Prendo atto che il cons. Ceccon, sia privatamente con me, che pubblicamente, ha dichiarato di non richiedere una risposta dal Presidente della Giunta, in quanto ammetteva che il suo intervento

fosse legittimo, secondo il regolamento, ma abbastanza irrituale quanto meno secondo la consuetudine. Io dichiaro che non rispondo al suo intervento proprio per queste ragioni, non naturalmente per minore considerazione all'intervento che lui ha ritenuto di fare, e che io ho di buon grado accettato, ma perchè, signor Presidente, signori colleghi, io rimango fermamente convinto dell'interpretazione logica che sempre è stata data in passato e credo che l'esperienza, anche di questo possa testimoniare che non è del tutto giusto -, dell'interpretazione che si è data al regolamento, dove il dibattito, soprattutto quando è un dibattito politico generale, ha le sue regole precise, per cui il relatore conclude alla fine. Non è che io non possa più parlare ai consiglieri, c'è la dichiarazione di voto, ci sono altri strumenti, ma il regolamento, sia quello delle Camere che il nostro, ha delle regole, che non sono invenzioni gratuite, rappresentano la logica, perchè altrimenti i dibattiti verrebbero spezzettati. Quindi io, proprio per questa ragione, pur non lagnandomi, però per questa ragione non rispondo, perchè ritengo che la risposta politica della Giunta regionale al dibattito politico sul bilancio e sulla Regione l'abbiamo conclusa ieri sera.

Per la stessa ragione, e mi dispiace naturalmente per quel tanto di possibilità anche dialettica e forse polemica che poteva offrirmi una risposta, non mi ri-

tiro mai in genere, non rispondo al cons. Fedel. Però per una specie di fatto personale, è doverosa da parte mia una risposta, quando parla di Odo-rizzi. Cons. Fedel, la prego di ricordare, se nella foga del discorso questo le fosse sfuggito: io ho reagito ieri sera, ancora quando lei parlava, non quando ha emesso giudizi politici sul Presidente della Giunta regionale Odorizzi, che è nel pieno e legittimo suo diritto come di tutti, perchè chiunque fa politica, a cominciare da noi e chiunque si mette nella vicenda politica, è chiaro che ha l'onere e l'onore di essere giudicato, bene o male, perchè è entrato nella storia, quindi su questo non si discute, così come ho avuto parole anche abbastanza precise per Defant che stimavo quando era vivo e stimo oggi enormemente; quello che non le perdono, per usare lo stesso termine che lei faceva per altro verso nei miei riguardi, è quando, accennando ad Odorizzi, non ha fatto un giudizio politico, quando ha detto che adesso, - e l'ha detto in una maniera veramente deteriore, questo mi consenta di condannarglielo - è un dirigente bancario, ben pagato, una roba di questo genere. E questo non è un giudizio politico, forse le è sfuggito e questo è un altro discorso, ma la mia reazione è questa: e guardi, cons. Fedel, lei è giovane e continua

a proclamarlo, e mi piace; se giudizi deteriori di questo tipo o valutazioni deteriori di questo tipo fossero fatte oggi o domani su di lei in una assemblea legislativa come questa e io fossi presente, le assicuro che alla stessa maniera difende rei lei.

Una risposta invece mi pare di poterla e di doverla dare, anche perchè è breve ed è tecnica, al cons. Rigott, dove ha chiesto quali sono i rappresentanti della Regione in seno alla commissione dei 6. E' vero, consigliere, non ero presente in quel momento, me l'ha annotato diligentemente il mio vicepresidente. Ora, come è noto, la commissione dei 12, prevede 6 rappresentanti degli organi dello Stato e 6 rappresentanti delle autonomie locali, dei quali due rappresentanti del Consiglio provinciale di Trento, due rappresentanti del Consiglio provinciale di Bolzano e due rappresenti del Consiglio regionale. All'interno della commissione dei 12 si è poi formata la commissione dei 6, che è scelta in maniera paritetica, cioè è costituita in maniera paritetica fra rappresentanti dello Stato e rappresenti locali, tre quindi dello Stato e tre locali, senza specificazioni precise di rappresentanti regionali o provinciali. Concretamente, nella commissione dei 6 oggi rappresentano i poteri locali il cons. Benedikter, l'on. Ritz e il Presidente Nicolodi,

senza specificazione. Ecco, questo da un punto di vista formale. Per quanto riguarda anche la parte di responsabilità sostanziale, non ho difficoltà a dire che io, nella mia veste di Presidente della Giunta regionale, oltre che di membro della commissione dei 12, ho chiesto in quella sede di essere informato o tenuto al corrente di quelle discussioni in sede di commissione dei 6, che possono avere riflessi anche sulla Regione. E di questo, ben volentieri, i col

leghi ne parlano, che è poi la proporzionale, che è poi il bilinguismo, ecc. per cui da un punto di vista interno la collaborazione è piena. Peraltro, ripeto, i rappresentanti dei poteri locali all'interno della commissione dei 6 sono quelli che prima ho elencato. Grazie.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. Metto in votazione il passaggio all'esame articolato: è approvato a maggioranza con 7 astenuti.

Art. 3

E' autorizzato il pagamento delle spese della Regione per l'anno finanziario 1976 in conformità dell'annesso stato di previsione della spesa.

Su questo articolo sono stati presentati tre emendamenti, da parte della Giunta.

Emendamento alla tabella B: "In applicazione delle leggi regionali 11 dicembre 1975, n. 11, e 11 dicembre 1975, n. 13, recentemente promulgate, il cap. 670 "Fondo a disposizione per far fronte ad oneri legislativi" viene ridotto da lire 1 miliardo 183 milioni a lire 1 miliardo 83 milioni con la diminuzione di lire 100 milioni".

Secondo emendamento: "In applicazione della l.r. 11 dicem

bre 1975, n. 11, viene istituito il seguente cap. 1600: sotto la sezione VII, interventi per la finanza locale, rubrica enti locali, categoria IV Acquisto di beni e servizi: "Spese per l'espletamento di corsi di preparazione alle funzioni di segretario comunale (art. 39, l.r. 11 dicembre 1975, n. 11)" lire 50 milioni".

Terzo emendamento: "In applicazione della l.r. 11 dicembre 1975, n. 13 viene modificato lo stanziamento del cap. 1900 "Providenze a favore dei superstiti di coltivatori diretti, mezzadri

e coloni (l.r. 11 dicembre 1975, n. 11 e, n. 13 eliminata la partita 'interventi del settore degli enti locali' di lire 50 milioni; ridotta la partita "interventi nel settore della previdenza e delle assicurazioni sociali" a lire 150 milioni".
Chi chiede la parola su questi

emendamenti? Nessuno.

Li metto in votazione: sono approvati a maggioranza con 5 voti contrari e 4 astenuti.

Chi chiede la parola sull'art. 3 o annessa tabella di spesa? Nessuno. Metto in votazione l'art. 3: è approvato a maggioranza con 9 voti contrari.

Art. 1

Sono autorizzati la riscossione nei confronti dello Stato dei tributi erariali devoluti alla Regione a sensi dello Statuto approvato con legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5, modificato con legge costituzionale 10 novembre 1971, n. 1 ed il versamento nella cassa della Regione delle somme e dei proventi devoluti per l'esercizio finanziario dal 1° gennaio al 31 dicembre 1976 giusta l'annesso stato di previsione dell'entrata.

Metto in votazione l'art. 1: è approvato a maggioranza, con 1 voto contrario e 9 astensioni.

Art. 2

E' approvato in lire 20.025.000.000 il totale generale della spesa della Regione per l'anno finanziario 1976.

Metto in votazione l'art. 2: è approvato a maggioranza con 3 voti contrari e 6 astenuti.

Art. 4

Per l'anno finanziario 1976 le somme, che si iscrivono in dipendenza di speciali disposizioni legislative, che demandano alla legge di bilancio di fissare l'importo, sono autorizzate nell'ammontare indicato nell'annesso allegato n. 1.

Metto in votazione l'art. 4: è approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 8 astenuti.

Art. 5

Per l'anno finanziario 1976 le somme che si assegnano alle Province di Trento e di Bolzano in forza di disposizioni legislative, che prevedono la delega alle Province medesime dell'esercizio delle funzioni amministrative, sono fissate nell'importo indicato nel l'annesso allegato n. 2.

Metto in votazione l'art. 5: è approvato a maggioranza con 9 astenuti.

Art. 6

La facoltà di assumere impegni a carico dei capitoli di spesa n. 631 e 635, dell'esercizio finanziario 1976 è subordinata all'accertamento sui corrispondenti capitoli dell'entrata di una somma non inferiore all'ammontare degli impegni da assumere.

Metto in votazione l'art. 6: è approvato a maggioranza con 9 astenuti.

Art. 7

I capitoli di spesa a favore dei quali è data facoltà di iscrivere somme con decreti da emanare in applicazione degli articoli 20 e 21 della legge regionale 13 aprile 1970, n. 6, sulla contabilità generale della Regione, sono quelli riportati nell'annesso elenco n. 1.

Metto in votazione l'art. 7: è approvato a maggioranza con 11 astensioni.

Art. 8

I residui risultanti al 1° gennaio 1976 sui capitoli aggiunti allo stato di previsione della spesa per l'esercizio 1976, soppressi nel corso dell'esercizio in seguito all'istituzione di capitoli di competenza aventi lo stesso oggetto, si intendono trasferiti a questi capitoli. I titoli di pagamento già emessi sugli stessi capitoli aggiunti si intendono tratti a carico dei corrispondenti capitoli di nuova istituzione.

Metto in votazione l'art. 8: è approvato a maggioranza con 12 astensioni.

Art. 9

E' approvato il bilancio della Cassa regionale antincendi per l'esercizio finanziario 1976 allegato al bilancio della Regione.

Metto in votazione l'art. 9: è approvato a maggioranza con 12 astenuti.

Art. 10

E' approvato il seguente quadro generale riassuntivo del bilancio della Regione per l'anno finanziario 1976.

Metto in votazione l'art. 10: è approvato a maggioranza con 4 voti contrari e 7 astenuti.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto?

FEDEL (P.P.T.T.): Io, signor Presidente...

PRESIDENTE: Scusi, cons. Fedel, un momento. Ribadisco che per la votazione del bilancio non dovrebbe essere più necessaria la maggioranza dei consiglieri assegnati alle singole Province. Si fa con votazione separata, naturalmente. La parola al cons. Fedel.

FEDEL (P.P.T.T.): Brevemente, signor Presidente, per dichiarare la posizione di astensione del gruppo del P.P.T.T. su questo bilancio regionale. Evidentemente, per motivazioni diverse ed espresse ampiamente e dal collega Pruner e da me successivamente, si dovrebbe pervenire a un voto negativo, almeno secondo una certa logica, perchè non abbia

mo trovato nella funzione nuova della Regione quella politica delle chiare e nette posizioni, sia in termini autonomistici che in termini di politica generale, come la concepiamo secondo il nostro modesto punto di vista. Però non possiamo negare di trovare delle dichiarazioni di un certo valore autonomistico e non possiamo negare di trovare delle assicurazioni per quanto riguarda l'annoso problema dei ladini della Valle del Fersina, - sul quale non mi trovo d'accordo evidentemente con le valutazioni del cons. Ceccon -, e per quanto riguarda l'impegno per la televisione estera. Per questi tre problemi che il P.P.T.T. ha sempre portato avanti in Regione e in provincia, - ladini, valle del Fersina e televisione -, noi crediamo dover dare un voto di astensione, proprio per concedere una certa fiducia alla Giunta regionale.

PRESIDENTE: La parola al cons. Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Il nostro gruppo voterà contro questo bilancio. E' da quando è entrato in vigore il nuovo statuto di autonomia che noi cogliamo l'occasione della discussione del bilancio regionale per un momento di riflessione più ampia e politica e ci sembra che un certo risultato su questo terreno, risultato chiarificatore, è stato raggiunto, che questi momenti di incontro, momenti di dibattito e di riflessione siano di una certa utilità. Il momento di espressione del voto dipende da un giudizio più ravvicinato sull'impostazione del bilancio, che abbiamo detto è quello che è: bilancio sobrio, imposto dalla natura dell'Ente in questione. Noi riteniamo che ci siano, nell'ambito di questa ristrettezza oggettiva di possibilità di iniziative, di queste spinte sempre presenti all'ulteriore ripartizione alle Province delle già scarse competenze del bilancio regionale, che ci siano tuttavvia delle carenze. Noi riteniamo che la questione della incompatibilità e della ineleggibilità sia una questione ormai da risolvere e noi giudichiamo il comportamento della Giunta, da un punto di vista più strettamente politico, anche e soprattutto da questa questione. E' una delle poche questioni che si possono affrontare, è ormai stramatura,

marcia, deve essere affrontata, pena lo scadimento della credibilità nell'opinione pubblica della correttezza dell'istituto stesso. Ci sono problemi nel credito che devono essere affrontati con maggiore slancio e coerenza, problemi della cooperazione, problemi relativi all'ordinamento dei comuni, aggregazione e rispettivamente decentramento. Ecco, noi nella discussione generale, ci siamo soffermati sui temi politici, perchè pensiamo che anche il funzionamento di queste esigue competenze è condizionato soprattutto dal quadro politico generale, e perciò abbiamo voluto incentrare il nostro dibattito, sollecitare il dibattito su queste questioni di fondo. Ripeto, se noi guardiamo i problemi in sè e per sè, su questi problemi, sia pure di non decisiva importanza generale e astraendoli dal quadro politico generale, troviamo da parte della Giunta, timore, incertezza, ritardo nell'affrontarli. Quando si dice che il problema della incompatibilità è un problema quasi maturo, che però si aspetta il consenso definitivo dell'altro partner di Giunta, si dice tutto, ma si dice anche troppo poco, si dice che la Giunta non è pronta ancora a varare questo provvedimento necessario.

Quindi, per questi motivi noi votiamo contro la legge sul bilancio.

PRESIDENTE: La parola al cons. Manica.

MANICA (P.S.I.): Telegraficamente, signor Presidente, per notare come la replica del signor Presidente della Giunta non abbia recato alcunchè di nuovo rispetto alle obiezioni e alle osservazioni e alle richieste che noi avevamo avanzato nel corso dell'intervento svolto in discussione generale, per cui sono rimasti intatti i nostri dubbi, le nostre osservazioni, e le nostre richieste sono rimaste senza una risposta. La risposta del Presidente della Giunta non ha modificato alcunchè rispetto alla impostazione originaria, sulla quale noi non eravamo d'accordo. Per cui il gruppo socialista voterà contro il disegno di legge sul bilancio per il 1976.

PRESIDENTE: La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): Signor Presidente, signori colleghi, ribadisco la posizione negativa nei confronti di questo bilancio del M.S.I.-Destra Nazionale, non tanto per motivi di carattere tecnico-amministrativo, - la spesa di venti miliardi, che viene sottoposta al nostro esame, evidentemente non lascia molto margine come non ha lasciato molto margine alla discussione e a rilievi particolari, a noi sembra però che ridotta al ruolo cui è stata ridotta la Regione questa spesa sia veramente un lusso -, ma indipendentemente da questa considerazione ci sono altre valuta-

zioni sul piano politico che ci trovano ovviamente ancora più fermamente convinti del nostro atteggiamento. Non possiamo certamente separare il quadro regionale da quello che è il più vasto, il più ampio quadro nazionale, un quadro che, come è stato rilevato da più parti, presenta tinte piuttosto oscure. La gravità della crisi non è negata nemmeno dallo stesso Presidente del Consiglio, ed è una crisi che, a nostro giudizio, evidentemente è il frutto di una linea politica, di una politica che parte ben lontana nel tempo, direi da quel lontano luglio 1960, in cui si posero le basi per l'apertura a sinistra, in cui si posero le basi per un incontro con le forze marxiste in Italia. E i frutti di questa linea politica sono oggi determinati da due consistenti aspetti della nostra vita politica: il clima di odio politico e di sopraffazione che viene perpetrato continuamente, costantemente, spesso con l'avallo della Magistratura e dell'autorità nei confronti di una comunità, che ha il solo torto, almeno a quanto è dato e a quanto finora è stato potuto stabilire, ha il solo torto di aver rispettato fino ad oggi la Costituzione: il clima di odio e di tensione che, soprattutto in certi aspetti anche qui in Regione, viene alimentato ad arte, come è il caso di manifestazioni a cui abbiamo dovuto assistere e di cui abbiamo dovuto subire le conseguenze anche po-

chi giorni or sono; clima che evidentemente non viene contrastato da quelle forze, che hanno la responsabilità di governo e che troppo spesso si riempiono la bocca di democrazia, di difesa della libertà e dei diritti civili, mentre risultano poi quanto meno compiacenti di fronte a certi atteggiamenti, che vengono portati avanti e vengono messi in essere da forze politiche ben determinate. Nè ci garantiscono, per la posizione che noi abbiamo, certe dichiarazioni che abbiamo sentito fare non più tardi di ieri sera, in cui si è voluto dare una evidente patente di democraticità al Partito Comunista Italiano, che a nostro giudizio non merita certamente. Non è certamente con la contrapposizione, con la modestia di certi atteggiamenti che il pericolo che incombe sulla libertà in Italia verrà certamente affermato. Anche per questo motivo, considerando da parte nostra che vi è dalle forze, in particolare dalla D.C. che ha la maggior responsabilità di governo in questa Regione, come in campo nazionale, vi è da parte di questa forza un atteggiamento di scollatura, di rassegnata accettazione di un fatto che incombe sulla nostra vita politica, anche per questo motivo noi ci sentiamo in piena coscienza di dire no a questo bilancio, di dire no a tutta una politica che riteniamo sia il danno della nostra patria.

PRESIDENTE: La parola al cons.

Avancini.

AVANCINI (P.S.D.I.): Io ho già avuto modo in discussione generale di esprimere l'apprezzamento del mio gruppo per l'attività legislativa svolta dalla Giunta. Debbo qui dire che mi ha particolarmente soddisfatto la replica del Presidente della Giunta, per quanto riguarda alcuni temi che io avevo sollevato in materia di credito per l'accordino, per la cooperazione, per la previdenza ed altro, ma soprattutto la replica del Presidente mi pare che è stata particolarmente impegnata e particolarmente sentita per quanto riguarda la funzione della Regione anche per il futuro in questo 30° anniversario dell'accordo Degasperi-Gruber. Ritengo che questo sia un fatto importante, sia un fatto qualificante, che viene da noi apprezzato e sottolineato per il suo giusto valore. Io credo che con questo impegno e anche con l'impegno legislativo che è contenuto nella relazione, la Giunta regionale possa andare avanti e possa continuare a consolidare la sua funzione e quindi portare avanti anche un'attività legislativa, che noi qui abbiamo richiamato, particolarmente per chiarire certe posizioni che attendono un chiarimento da anni, da parecchie legislature, quali sono quelle della legge sulla incompatibilità. Quindi, da parte del mio gruppo c'è il voto favorevole.

PRESIDENTE: La parola al cons. Pasquali.

PASQUALI (D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, se non sbaglio è la quarta o quinta occasione in cui il Consiglio regionale ha avuto modo di discutere il bilancio della Regione, dopo che la Regione, a seguito della riforma dello Statuto di autonomia, ha visto ridotte le sue competenze, e mi pare che siano presenti a tutti noi i motivi, che hanno reso anche vivace il dibattito in quest'aula, di una ricerca proprio convinta, da parte di tutti i gruppi politici, sia pure partendo da presupposti e da punti di vista diversi, per individuare o prospettare un ruolo nuovo della Regione, così come deriva dalla nuova riforma statutaria. Io ricordo molto bene, come credo che ricordiamo tutti, i dibattiti e i punti di vista che sono stati espressi dai diversi gruppi politici, diciamo anche dal nostro, e mi pare che tutti abbiamo fatto dei tentativi, anche di fantasia politica, proprio nell'impegno o nel tentativo di stabilire più chiaramente quanto la riforma costituzionale attribuisca di competenze alla Regione. Io credo che l'occasione che abbiamo avuto nel bilancio di quest'anno sia stata molto importante, proprio per uno sforzo di realismo, che mi pare abbia animato tutti i gruppi politici o perlomeno la maggior parte dei gruppi politici, nell'incentrare una sostanza di discorso che abbiamo visto essere riferito soprattutto ad una ipotesi reali-

stica di competenze. Questo non ci meraviglia, con ciò abbiamo operato un servizio di verità. Questo soprattutto va riconosciuto, lo penso e lo dico, non solo per dovere di partito, ma con la convinzione che devo avere anche in questa occasione, questo va riconosciuto alle indicazioni fornite dal signor Presidente della Giunta regionale, soprattutto nella sua replica, riprendendo quanto aveva scritto già nella sua relazione e raccogliendo i motivi del dibattito. Veramente, quindi, sforzo, realismo, di verità, di dire le cose come stanno, senza dover ricorrere a sforzi di fantasia, ma lasciando notevolmente aperto - questo mi pare che sia anche la sostanza di quanto è venuto di interessante da parte di tutti i banchi -, lasciando aperto un quadro di interesse politico, che nessuno è ancora nelle condizioni di valutare in tutta la sua importanza. E io credo, il mio partito crede che questa sia veramente la strada migliore per affrontare concretamente i problemi che derivano dalle competenze residue, che non sono affatto irrilevanti, ma sono competenze, - non per ricordare quanto è già stato fatto e quanto ci proponiamo di fare -, sono competenze destinate ad incidere sostanzialmente nei rapporti e nella vita delle nostre popolazioni. E' stato ricordato qui, è stato riproposto anche dal signor Presidente nella sua relazione, come un punto fondamentale di questa attività che spetterà nei

prossimi anni, il convegno di studio sugli enti locali. Io credo che tutti siamo convinti di quale notevole ed enorme occasione ci viene fornita anche sul piano politico per un confronto di realtà diverse, anche da un punto di vista linguistico, da un punto di vista di esperienze, da un punto di vista di interpretazione reale e sociale, nella provincia di Bolzano e nella provincia di Trento. Credo che sarà quella un'occasione estremamente importante, e da questo punto di vista mi permetto di sollecitare la Giunta regionale a una preparazione che sia la più meticolosa, la più aderente ai problemi così come li vediamo emergere, così come ci appaiono da una constatazione di realtà delle comunità locali, il cui limite di intervento e di interesse territoriale senz'altro sta diventando troppo stretto, e in contrapposizione a questo si assiste all'esigenza di ricercare un modello di intervento di interesse del territorio che non sia più quello comunale, ma che sia di un ambito più vasto, e quindi la ricerca anche di un istituto che sia diverso da quello consortile per cercare di delimitare i rapporti, le competenze, la espressione di rappresentanza, ecc. Io sollecito ancora il mio gruppo, sollecito ancora una attenta ricerca proprio alla possibilità di individuare questo ente intermedio fra comune e provincia, che così importante diventa ormai co

me confronto di quelle che sono le competenze e quelle che sono le assegnazioni di attività che sempre di più andiamo ad attribuire o ai comprensori o alle comunità di valle, così come le vogliamo esprimere.

Ho colto anche questa occasione per ribadire un nostro punto di vista su questo tema, riferendolo strettamente e immediatamente al quadro politico e generale così come è venuto fuori, nella convinzione, e lo ripeto ancora una volta, che anche questa sia un'occasione estremamente importante per la verifica di una volontà politica, per la verifica soprattutto di un quadro politico, al quale noi costantemente dobbiamo riferirci, e al quale non possiamo non sottrarci, né in tanto meno possiamo cercare di svilirlo o cercare di non attribuire ad esso quell'importanza che ha e che vogliamo continui ad avere.

PRESIDENTE: La parola al cons. Rigott.

RIGOTT (S.P.S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe gestern der Replik des Präsidenten Kessler aufmerksam zugehört und habe bemerkt, wie er sich anstrenge, uns die Bedeutung der Region zu erklären und wie er versuchte, das großzügige Herumschmeißen mit Geld zu rechtfertigen. Er hat aber nicht erwähnt, daß man die politischen Fraktionen des Regionalrates - was die Finanzierung ange-

langt - schon über ein Dreivierteljahr zum Narren hält. Im Bericht des Präsidenten steht auf Seite 8 im deutschen Text ein Satz mit folgendem Wortlaut: "Der Regionalrat behält sich vor, diese Frage im Geiste der Weitherzigkeit näher zu prüfen". Wenn ich das schon höre! Solch eine Überheblichkeit! Vielleicht sollten die Fraktionen auf die Knie sinken und bitten um die praktische Anwendung der Demokratie. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß diese Region nur deswegen aufrecht erhalten werden muß, damit die D.C. ihre Vetternwirtschaft weitermachen kann. Aus diesem Grunde wäre es zu überlegen, ob man nicht, anstatt die Region aufrechtzuerhalten, ein Museum erstellen sollte, was schließlich viel billiger käme.

Die S.P.S. wird jedenfalls gegen diesen Haushaltsvorschlag stimmen!

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Ho seguito ieri attentamente la replica del Presidente Kessler e ho notato come egli si sia impegnato a spiegarci l'importanza dell'ente Regione ed a giustificare questa magnanima amministrazione del denaro. Egli non ha però menzionato come da più di tre quarti d'anno si prendono in giro i gruppi consiliari del Consiglio regionale, per quanto concerne il finanziamento. A pag. 8 del testo tedesco della relazione si legge testualmente: "Il Consiglio regionale si riserva di esaminare più approfonditamente questo problema nello spirito di generosità". Che presun-

zione! I gruppi consiliari dovrebbero forse cadere in ginocchio e pregare di voler applicare le regole della democrazia. Non riesco a non avere l'impressione che questa Regione deve continuare ad esistere, per permettere alla D.C. di proseguire con il suo nepotismo. Per questo motivo non sarebbe forse più opportuno creare un museo, anziché tenere in vita la Regione, la quale costerebbe molto meno.

Il partito socialdemocratico sudtirolese voterà senz'altro contro il bilancio di previsione!)

PRESIDENTE: Altri che prendono la parola per dichiarazione di voto? Nessuno.

Volevo dire che, dopo aver votato questo disegno di legge, c'è un altro disegno di legge da trattare.

Prego distribuire le schede per la votazione segreta.

Cominciamo con la Provincia di Trento.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione:

Consiglieri della Provincia di Trento:

votanti 29 - maggioranza richiesta 19

20 sì

7 no

2 schede bianche.

Consiglieri della Provincia di Bolzano:

votanti 25 - maggioranza richiesta 18

18 sì

6 no

1 scheda bianca.

La legge è approvata.

Passiamo ora alla trattazione
del Disegno di legge n. 40:

"Variazione al bilancio di pre-
visione per l'esercizio finan-
ziario 1975 (terzo provvedimen-
to)".

La parola al Presidente della
Giunta, per la lettura della re-
lazione.

KESSLER (Presidente G.R.-D.C.):

Con l'unito disegno di legge si provvede a rendere operanti, mediante le necessarie variazioni di bilancio, le seguenti leggi recentemente approvate dal Consiglio regionale:

- 1) Disposizioni generali sullo stato giuridico e sul trattamento economico dei dipendenti dei comuni e dei segretari comunali della regione.
- 2) Aumento della spesa annua autorizzata con la legge regionale 14 agosto 1971, n. 29 concernente provvidenze a favore dei superstiti dei coltivatori diretti, mezzadri e coloni.

Le leggi sopradescritte comportano a carico dell'esercizio finanziario un onere complessivo di lire 90 milioni a cui si fa fronte, in base alle autorizzazioni di spesa contenute nelle leggi stesse, mediante riduzione di pari importo del fondo speciale iscritto al cap. 670 dello stato di previsione della spesa.

Si provvede inoltre ad apportare modifiche al bilancio della Cassa regionale antincendi ed a quello del Corpo permanente dei vigili del fuoco di Trento.

Infine, poiché il presente provvedimento ben difficilmente potrà essere promulgato e pubblicato prima della fine dell'esercizio in corso, con l'art. 3 si autorizza l'assunzione di impegni sugli stanziamenti approvati anche oltre il 31 dicembre 1975 e comunque non oltre i 30 giorni dalla data di pubblicazione. Analoga disposizione viene prevista con l'art. 4 del disegno di legge per gli stanziamenti nel secondo provvedimento di variazione al bilancio la cui approvazione è demandata all'apposito Organo regionale previsto dal D.P.R. 28 Marzo 1975, n. 470 recentemente costituito.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter per la lettura della relazione della II^a commis-

sione legislativa finanze e patrimonio;

BENEDIKTER (S.V.P.):

La II^a Commissione legislativa ha esaminato il disegno di legge nella seduta del 12 dicembre 1975.

L'Assessore alle finanze, dott. prof. Molognoni, ha chiarito la portata del provvedimento con il quale si dà attuazione a due leggi, recentemente approvate dal Consiglio regionale e riguardanti rispettivamente i dipendenti comunali e i superstiti dei coltivatori diretti, mezzadri e coloni.

Nel corso dell'esame la Commissione ha fatto propria una modifica avanzata dall'Assessore alle finanze, con la quale si elevano da 1 a 2 milioni gli stanziamenti in entrata e in uscita della Tabella B) e quelli dell'allegato n. 1, relativi al bilancio della Cassa regionale antincendi.

Con questa modifica la Commissione ha approvato il disegno di legge a maggioranza, con 4 astensioni.

Il provvedimento viene ora sottoposto all'esame del Consiglio regionale.

PRESIDENTE: La discussione generale è aperta.
Chi chiede la parola? Nessuno.
La discussione generale è chiusa.

Metto in votazione il passaggio alla discussione articolata: è approvato a maggioranza, con 6 astenuti.

Art. 1

Nello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario 1975 sono introdotte le variazioni di cui all'annessa Tabella A.

Leggo la tabella A:

TABELLA A

VARIAZIONI ALLO STATO DI PREVISIONE DELLA SPESA
PER L'ESERCIZIO FINANZIARIO 1975

a) in diminuzione:

TITOLO I - SPESE CORRENTI

Finanze e patrimonio

Cap. 670 - Fondo a disposizione per far fronte ad oneri dipendenti da provvedimenti legislativi	90.000.000
---	------------

L) in aumento:

TITOLO I - SPESE CORRENTI

Enti locali

Cap 1600 - (di nuova istituzione) (sotto la Sezione VII - Interventi a favore della finanza locale - la rubrica Enti locali e la categoria IV - acquisto di beni e servizi) Spese per l'espletamento di corsi di preparazione alle funzioni di segretario comunale (articolo 39 della legge regionale in corso di promulgazione)	40.000.000
--	------------

Previdenza, enti sanitari e cooperazione

Cap. 1900 - Provvidenze a favore dei superstiti di coltivatori diretti, mezzadri e coloni (leggi regionali 14 agosto 1971, n. 29, 3 novembre 1973, n. 19 e in corso di promulgazione)	50.000.000
---	------------

90.000.000

Metto in votazione l'art. 1: è approvato a maggioranza, con 6 astenuti.

Art. 2

Nel bilancio della Cassa regionale antincendi per l'esercizio finanziario 1975 e nell'allegato n. 1 al bilancio stesso sono introdotte le variazioni di cui all'annessa Tabella B.

Leggo la tabella B e l'allegato n. 1:

TABELLA B

VARIAZIONE AL BILANCIO DELLA CASSA REGIONALE ANTINCENDI
PER L'ESERCIZIO FINANZIARIO 1975

ENTRATA

in aumento:

TITOLO I - ENTRATE CORRENTI

Art. 1 - Contributi sui premi di assicurazione	<u>2.000.000</u>
--	------------------

SPESA

in aumento:

TITOLO I - SPESE CORRENTI

Art. 10 - Contributo integrativo ai Corpi permanenti	
- Al Corpo permanente di Trento L. 1.000.000	<u>2.000.000</u>

Allegato n. 1
al bilancio della Cassa regionale antincendi

VARIAZIONI AL BILANCIO DEL CORPO PERMANENTE DEI VIGILI DEL FUOCO
DI TRENTO PER L'ESERCIZIO FINANZIARIO 1975

ENTRATA

in aumento:

TITOLO I - ENTRATE CORRENTI

Art. 30 - Contributo integrativo della Cassa regionale antincendi 2.000.000

SPESA

in aumento:

TITOLO I - SPESE CORRENTI

Art. 1 - Compensi indennità ed oneri riflessi 2.000.000

Metto in votazione l'art. 2: è approvato a maggioranza con 5 astenuti.

Art. 3

Sugli stanziamenti autorizzati con la presente legge possono essere assunti impegni entro il termine di trenta giorni dalla data di pubblicazione della legge medesima.

Metto in votazione l'art. 3: è approvato a maggioranza con 6 astenuti.

Art. 4

Sugli stanziamenti autorizzati con il secondo provvedimento di variazione al bilancio per l'esercizio 1975 possono essere assunti impegni entro il termine di trenta giorni dalla data di pubblicazione del provvedimento di variazione stesso.

Metto in votazione l'art. 4:
è approvato a maggioranza,
con 6 astenuti.
Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno.
Il procedimento per la votazione è uguale a quello di prima.
Vota prima la provincia di Bolzano.
Prego distribuire le schede per la votazione segreta.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione:
votanti 26 - maggioranza richiesta 18

19 sì

2 no
5 schede bianche.

Consiglieri della Provincia di Trento:
votanti 24 - maggioranza richiesta 19

21 sì
1 no
2 schede bianche.

La legge è approvata.
Signori consiglieri, abbiamo finito i nostri lavori per quanto riguarda i problemi di bilancio. Colgo questa occasione per esprimere a voi tutti e alle vostre famiglie i più sentiti auguri per le festività e per l'anno 1976. Gli auguri sono estesi al persona

le del Consiglio e alla Stampa,
che ha seguito i nostri lavori.
Grazie.
La parola al Presidente della
Giunta:

KESSLER (Presidente G.R.-D.C.):
La Giunta regionale si associa
ben volentieri a questi auguri
che caldamente formuliamo per

tutti.

PRESIDENTE: La seduta è tolta e
il Consiglio sarà riconvocato a
domicilio.

(Ore 18.10).